

NIEDERSCHRIFT Sitzung des Hauptausschusses der Stadt Plön

Sitzungstermin: Montag, 02.09.2024
Sitzungsbeginn: 18:30 Uhr
Sitzungsende: 20:53 Uhr
Raum, Ort: Aula am Schiffsthal, Am Schiffsthal 10, 24306 Plön

Anwesenheitsliste

Anwesend

Vorsitz

Name	Bemerkung
------	-----------

Bastian Landschof	
-------------------	--

Mitglieder

Name	Bemerkung
------	-----------

Manfred Rose	
--------------	--

Ingo Buth	
-----------	--

Kyra Griesser	
---------------	--

Bettina Hansen	
----------------	--

Thore Kalinka	
---------------	--

Thure Koll	
------------	--

Stefan Kruppa	
---------------	--

Gernot Melzer	
---------------	--

Stephanie Meyer	
-----------------	--

Dr. Reinhart Reche	
--------------------	--

Vertretung für: Mark Hermandung

Stellv. Mitglieder

Name	Bemerkung
------	-----------

Carsten Gampert	
-----------------	--

Dorit Dahmke	
--------------	--

Beirat

Name	Bemerkung
------	-----------

Renate Hähnel-Gloe	Seniorenbeirat
--------------------	----------------

Margrit Winter	Seniorenbeirat
----------------	----------------

Verwaltung

Name	Bemerkung
------	-----------

Mira Radünzel	Bürgermeisterin
---------------	-----------------

Volker Ohms	
-------------	--

Nikolas Titze	
---------------	--

Caroline Backmann	zu TOP 7
-------------------	----------

Stadt Plön

Name

Bemerkung

Verwaltung zur Kenntnis

Name

Bemerkung

Marianne Terstiege-Lambers

Gleichstellungsbeauftragte

Felix Senz

PR-Vorsitzender

Martina Herbst

Personalratsmitglied

Jörg Freudenreich

FBL 4

Schriftführung

Name

Bemerkung

Jeannette Schnell

Abwesend

Mitglieder

Name

Bemerkung

Mark Hermandung

fehlte entschuldigt

Gäste:

Frau Stangenberg

WT.SH zu Top 7

—

Stadt Plön

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

TOP	Betreff	Vorlage
1	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit	
2	Feststellung der Tagesordnung und Beschluss über den Ausschluss der Öffentlichkeit gem. § 46 Abs. 8 Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein	
3	Niederschrift über die Sitzung vom 01.07.2024	
4	Berichte	
4.1	Berichte im Rahmen des Berichtswesens	
4.1.1	Bericht des Wehrführers für das II. Quartal 2024	VO/RV/2024/3075
4.1.2	Bericht über die Beschlüsse des Hauptausschusses (Controllingbericht)	VO/RV/2024/3074
4.2	Berichte und Anfragen aus der Selbstverwaltung	
4.3	Berichte und Anfragen der Beiräte und der Beauftragten	
5	Einwohner:innenfragestunde	
6	Bekanntgabe von Beschlüssen aus dem nichtöffentlichen Teil der letzten Sitzung	
7	Standortanalyse Plön - Analyse und Handlungskonzept Qualifizierung von Potentialen zur Entwicklung und Ausweisung von Flächen für touristische Ansiedlungen und Verbesserung der touristischen Infrastruktur	VO/RV/2024/3077
8	Eingeschränkte Genehmigung der Haushaltssatzung der Stadt Plön für das Haushaltsjahr 2024	VO/RV/2024/3084

Stadt Plön

TOP	Betreff	Vorlage
9	Antrag der FWG-Fraktion; hier: Haushalts- und Stellenplan für die Haushaltsjahre 2025 und folgende	VO/RV/2024/3085
10	Antrag der CDU-Fraktion; hier: Prüfantrag: Maßnahmen zur Konsolidierung des städtischen Haushaltes	VO/RV/2024/3091

Nichtöffentlicher Teil

TOP	Betreff	Vorlage
11	Berichte	
11.1	Berichte im Rahmen des Berichtswesens	
11.2	Berichte und Anfragen aus der Selbstverwaltung	
11.3	Berichte und Anfragen der Beiräte und der Beauftragten	
12	Stadtwerke Plön AöR; hier: Verwendung Jahresergebnis 2023 des Betriebszweiges Abwasser	
13	Personalbericht	

Protokoll

Öffentlicher Teil

Zu 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Ausschussvorsitzender Landschof eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden, insbesondere die Gäste und die Mitglieder des Seniorenbeirates. Auch begrüßt er Herrn Freudenreich, der heute als neuer Fachbereichsleiter 4 seinen ersten Arbeitstag hat.
Er stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Entschuldigt fehlt Ratsherr Hermandung, der von Ratsherr Dr. Reche vertreten wird.

Zu 2. Feststellung der Tagesordnung und Beschluss über den Ausschluss der Öffentlichkeit gem. § 46 Abs. 8 Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein

Ausschussvorsitzender Landschof bittet Frau Stangenberg von der WT.SH für den TOP 7 zuzulassen.

Die TOPe 11 bis 13 sollen in nichtöffentlicher Sitzung beraten werden.

Beschluss: Frau Stangenberg wird für den TOP 7 zugelassen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 11

Nein-Stimmen: 0

Enthaltungen: 0

Beschluss:

Die TO wird ungeändert beschlossen. Die Punkte 11-13 werden in nichtöffentlicher Sitzung beraten.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 11

Nein-Stimmen: 0

Enthaltungen: 0

Zu 3. Niederschrift über die Sitzung vom 01.07.2024

Ratsfrau Meyer fehlt unter TOP 12 der Beschluss des Kreistages, dieser sollte dem Protokoll beigefügt werden.

Anmerkung der Verwaltung: Die Anlage ist dem Tagesordnungspunkt angefügt.

Weitere Einwände gegen die Niederschrift vom 01.07.2024 werden nicht erhoben.

Zu 4. Berichte

Zu 4.1. Berichte im Rahmen des Berichtswesens

Bürgermeisterin Radünzel begrüßt die Anwesenden und berichtet,

1. Der Bauzeitenplan für die Umgestaltung des Marktplatzes wurde heute neu besprochen, heute und morgen werden Vorarbeiten getätigt und ab Mittwoch beginnen die Schleifarbeiten.
2. Nach der Genehmigung des Haushaltes werden jetzt einige Maßnahmen umgesetzt, so z.B. das Verkehrskonzept und das Innenstadtkonzept.
3. Die Ergebnisse des Transparenzregisters der Grundsteuerreform liegen vor. Dazu hat Herr Titze den Ausschussmitgliedern in der vergangenen Woche eine Mail zugesandt.
4. Zum Leerstandsmanagement teilt sie mit, dass die Fa. CIMA bisher 32 Betreiber kontaktiert hat, von 12 gab es eine Rückmeldung, das entspricht einer Antwortquote von 38%.
5. Sie bittet die Ausschussmitglieder um Rückmeldung bezüglich der Einladungen zum Festakt der Patenschaft am 19.09.24 mit dem MPI und zur 10-Jahres-Feier mit der Gemeinde Bösdorf am 12.10.2024.
6. Die Konsolidierungsrunde hat als neuen Termin den 04.11.2024 vorgeschlagen.
7. Sie lädt zum nächsten Stadtradeln am morgigen Dienstag den 03.09.24 um 18 Uhr ab dem Marktplatz ein.

Zu 4.1.1. Bericht des Wehrführers für das II. Quartal 2024

zur Kenntnis genommen
VO/RV/2024/3075

Ausschussvorsitzender Landschof führt in den Tagesordnungspunkt ein und bittet um Kenntnisnahme des Berichtes.

Zu 4.1.2. Bericht über die Beschlüsse des Hauptausschusses (Controllingbericht)

zur Kenntnis genommen
VO/RV/2024/3074

Ausschussvorsitzender Landschof bittet die Bürgermeisterin auf die vorab gestellten Fragen der SPD-Fraktion zu antworten.

Stadt Plön

1. Zum Umbau des Bahnhofes teilt die Bürgermeisterin mit, dass es am 16.09.2024 einen Termin zur Vorstellung des Projektes bei der AktivRegion geben wird, um Fördergelder einzuwerben.
2. Zum Sachstand; Einbindung Beteiligungsmanagement durch die AÖR wird Sie im nächsten Hauptausschuss am 30.09.24 berichten.
3. Die Abschlussrechnung zur 150 Jahrfeier der FFW liegt noch nicht vor, bisher wurde nur die Jugendherberge bezahlt. Die Abrechnung wird erwartet, da aber Herr Lörchner kurzfristig sein Amt niedergelegt hat, verzögert sich derzeit einiges.
4. Zum Pachtvertrag Eutiner Straße gibt es keine neuen Erkenntnisse.
5. Die AG Friedhöfe tagt am 25.09.25, die Bürgermeisterin wird am 30.09.24 im HA dann darüber berichten.

Zu 4.2. Berichte und Anfragen aus der Selbstverwaltung

Ratsherr Buth hat für die FWG-Fraktion eine Anfrage an die Verwaltung bezüglich des Beschlusses in der Sitzung des SUE am 04.07.24 zum TOP 6, Thema UBEM, gestellt.

Die Antworten hat die Bürgermeisterin, wie gewünscht heute schon vorab Herrn Buth zugemailt.

Zu den Fragen antwortet die Bürgermeisterin:

Der Beschluss signalisiert die Zustimmung zur grundsätzlichen Zusammenarbeit bei dem Projekt, es gibt keinen Vertrag und keine Rechtsverpflichtung. Das Projekt befindet sich in der Aufbauphase und es ist auch noch nicht entschieden, ob das Projekt in Plön verortet wird. Erst nach der Entscheidung, wird es weitere Gespräche geben. Eine Vermarktung ist nicht angedacht, die Verwendung soll lizenz- und kostenfrei sein.

Die Zuarbeit der Stadt Plön wird sehr gering sein, da die CAU keine Zuarbeit benötigt, dies hat auch Herr Professor Dahmke bereits im Vorwege mitgeteilt.

Ratsfrau Meyer möchte gerne die Evaluierungsergebnisse des Tourismuskonzeptes erfahren.

Frau Backmann sagt diese für den nächsten HA am 30.09.2024 zu.

Zu 4.3. Berichte und Anfragen der Beiräte und der Beauftragten

Keine

Zu 5. Einwohner:innenfragestunde

Keine

Zu 6. Bekanntgabe von Beschlüssen aus dem nichtöffentlichen Teil der letzten Sitzung

Ausschussvorsitzender Landschof gibt folgende Beschlüsse bekannt:

TOP 12: Schlossgarage, Verhandlungsgespräch zum möglichen Verkauf der Schlossgarage zwischen der Stadt Plön und dem Kreis Plön
Der HA nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

TOP 11: Stellenbesetzung Fachbereichsleitung 1 Bürgerservice
und

TOP 13: Interkommunales Gewerbegebiet Lebrade/Plön, hier: Antrag der FWG-Fraktion

wurden keine Beschlüsse gefasst.

Zu 7. Standortanalyse Plön - Analyse und Handlungskonzept

Qualifizierung von Potentialen zur Entwicklung und Ausweisung von Flächen für touristische Ansiedlungen und Verbesserung der touristischen Infrastruktur ungeändert beschlossen VO/RV/2024/3077

Ausschussvorsitzender Landschof begrüßt Frau Stangenberg von der WT.SH und übergibt das Wort an Sie. Diese stellt sich und die WTSH anhand der beigefügten Präsentation vor. Sie erläutert die Phasen ihrer Projektentwicklungen und mit welchen Partnern die WT.SH schon zusammengearbeitet hat. Auch geht Sie näher auf die Standortanalyse Plön und die Aufgabenstellungen für Plön ein.

Hervorzuheben ist, dass Sie ein Budget von 25T Euro brutto für Plön zur Verfügung hat und die einzige Vorgabe ist, dass die Planungen auch in die Umsetzung kommen.

Sie würde heute gerne mit einem Beschluss nach Hause gehen, indem der HA das Projekt befürwortet. Über eventuell weitere Bausteine, die über das Budget von 25T Euro hinaus gehen, kann im nächsten HA entschieden werden.

Die Stadt hätte dafür beim PSK 57500.543101 weitere 10T Euro zur Verfügung.

Ratsherr Rose bedankt sich bei Frau Stangenberg für das Geschenk von 25 T Euro und freut sich über ihren Elan. Er gibt den Hinweis auf das Ortsentwicklungskonzept, welches mitgenutzt und als Basis genommen werden kann.

Ratsherr Buth fragt nach, ob das Projekt tatsächlich ganz ohne städtische finanzielle Mittel erfolgen kann und ob es hierbei NUR um das Hotelprojekt Fegetasche geht.

Frau Stangenberg erklärt, dass vorerst ihre 25T Euro als Mittel verwendet werden und es sich nicht ausschließlich um das Hotelprojekt Fegetasche, sondern um die Betrachtung in der Stadt Plön insgesamt geht.

Frau Backmann erklärt den Weg der Ausschreibung und Frau Stangenberg erläutert, dass Sie die Ausschreibungsfristen von 3 Wochen einhalten muss und Sie die Angebote bis 20.09.24 erwartet, sodass die Ergebnisse am 30.09.24 präsentiert werden könnten.

Ratsfrau Meyer spricht auch ihren Dank an Frau Stangenberg aus, regt aber an, dass Sanierungsgebiet Bahnhofsbereich zu integrieren, insbesondere das Gebäude der Alten Post zu beachten und einzubeziehen.

Zu dem Gebäude Alte Post möchte die Bürgermeisterin gerne im nichtöffentlichen Teil der Sitzung

Stadt Plön

näher eingehen.

Ratsfrau Hansen fasst zusammen, dass Plön den Bedarf hat und Frau Stangenberg das Geld.

Es muss also nur der Startschuss und der Willen abgegeben werden.

Sie fragt, ob die 10T bei dem o.g. PSK noch beschlossen werden müssen. Die Bürgermeisterin erklärt, dass die Mittel schon beschlossen sind, für den Transfer der Evaluierungsergebnisse des Tourismuskonzeptes Holsteinische Schweiz.

Es ergeht eine Diskussion über die 10T Euro und auch noch mal die Frage, ob die 25T Euro mit einer Rückzahlungsverpflichtung einhergehen.

Frau Stangenberg wiederholt, dass die WT.SH das Budget mit dem Verwendungszweck, Potenzialflächen für touristische Entwicklungen, sozusagen als Geschenk an die Stadt Plön gibt und der Startschuss wichtig ist. Sie erklärt das Bausteinsystem, wo die weiteren 10T Euro verwendet werden könnten aber auch gespart werden können.

Es ergeht sodann folgender

Beschluss:

Der Hauptausschuss befürwortet das oben genannte Projekt, um die touristische Weiterentwicklung der Stadt Plön durch konkrete Umsetzungsmaßnahmen- und schritten weiter voranzubringen und so die touristische Entwicklung der Stadt Plön für potenzielle Investoren greifbarer und attraktiver zu gestalten.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 11

Nein-Stimmen: 0

Enthaltungen: 0

Anlage 1 Präsentation WTSH

Zu 8. Eingeschränkte Genehmigung der Haushaltssatzung der Stadt Plön für das Haushaltsjahr 2024

ungeändert beschlossen
VO/RV/2024/3084

Ausschussvorsitzender Landschof führt in den TOP ein und übergibt das Wort an den Kämmerer Herrn Titze.

Dieser erläutert die Verwaltungsvorlage und führt weiter aus, dass aus seiner persönlichen Sicht, die Genehmigung dann doch etwas milder ausgefallen ist, als im Vorwege erwartet. Erfreulich ist, dass im laufenden HH-Jahr keine haushaltsrechtlichen Sanktionen ergriffen wurden.

Die vielen Konsolidierungsmaßnahmen die umgesetzt wurden, insbesondere die inflationsbedingte Anpassung der Steuern und Benutzungsgebühren können der Grund für die vollständige Genehmigung der in diesem Jahr benötigten Darlehensmittel für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen sein.

Die Verpflichtungsermächtigungen der Stadt, im Haushaltsjahr 2024 in Höhe von 3.908.000 Euro, sind ein wichtiges Instrument, im laufenden Jahr bereits verbindliche Aufträge zu erteilen, die Zahlungsverpflichtungen in späteren Jahren auslösen bzw. haushaltsrechtlich absichern.

Die Verpflichtungsermächtigungen fordern weit überwiegend die Notwendigkeit, die Investitions- und Investitionsfördermaßnahmen mit Darlehen zu finanzieren.

Diesbezüglich bittet die KAB, künftig auch die Verpflichtungsermächtigungen nach den Kriterien des Krediterlasses ausreichend zu begründen. Diesem Aufruf wird künftig auch gefolgt.

Die Kürzung der Verpflichtungsermächtigungen um 40% steht auch im Zusammenhang mit der bisherigen Investitionsquote. Die Stadt Plön liegt – wie zahlreiche weitere Kommunen in Schleswig – Hol-

Stadt Plön

stein auch – weit unter der geforderten Mindestquote von 60 Prozent.

Im laufenden Jahr hat die Stadt relativ aktuell eine Quote von rd.12 Prozent.

Das liegt leider an dem Auslastungsgrad der Verwaltung, aber natürlich auch an einer sehr späten HH-Genehmigung. Die Stadt muss die Investitionsquote in den Vordergrund stellen.

Haushaltswahrheit und -klarheit sind ein wichtiges rechtliches Ziel.

Soweit absehbar ist, dass die Quote nicht erreicht wird, hat die Kommune über einen Nachtragshaushalt gegenzusteuern.

Es gibt jedoch auch einen weiteren bedeutsamen Grund, warum eine vollständige Genehmigung der Darlehensmittel ausgeblieben ist und das ist die drohende Überschuldung, die bei gleichzeitiger Finanzierung aller Maßnahmen eintreten könnte.

Dass die dauernde Leistungsfähigkeit nicht mehr gewährleistet ist, weiß die Stadt bereits, seitdem diese überwiegend defizitäre Ergebnisse erwirtschaftet bzw. in der Planung ausweist.

Verwaltungsintern sieht man sich veranlasst, einen überschaubaren Nachtragshaushalt aufzubereiten, um dem wichtigen Haushaltsgrundsatz zu folgen, die Vorbereitungen haben intern bereits begonnen.

Es gilt zu vermeiden, dass künftig eine vollständige Haushaltsgenehmigung in Gefahr steht.

Über den Nachtragshaushalt wird auch eine Korrektur bei den Verpflichtungsermächtigungen vorgenommen.

Insbesondere auch bei dem Neubau einer Kindertagesstätte wird deutlich, dass die notwendige Planungsreife (Leistungsphase 3 - Entwurfsplanung) noch nicht erreicht ist, um hier eine verbindliche Genehmigung der Kreditmittel einzuwerben.

Des Weiteren empfiehlt die Verwaltung, die zusätzlichen anteiligen Finanzierungsmittel für die Städtebauförderung, für die Anschaffung des Holders und der Kehrmaschine sowie für die Erneuerung des Ölabscheiders zunächst zu sperren und über den Nachtragshaushalt als Verpflichtungsermächtigung herauszunehmen.

Es muss geprüft werden, was sodann wieder konkret im Haushaltsentwurf für das Haushaltsjahr 2025 berücksichtigt werden kann.

In der Folge gibt es noch eine Realisierungschance für die Laufbahnerneuerung und die Sportplatzsanierung Am Schiffsthal. Hier fehlen rechnerisch noch 375.200 €, um das Gesamtpaket inkl. Kunstrasen zu finanzieren. Bis zum Nachtragshaushalt gibt es evtl. schon Klarheit, ob und in welcher Höhe eine Zuweisung des Kreises Plön in Aussicht steht.

Darüber hinaus kann dann im Genehmigungsantrag des Ersten Nachtragshaushaltes beschrieben werden, dass bei der Laufbahnerneuerung und Sportplatzsanierung die Leistungsphase 3 auch tatsächlich bereits erreicht ist.

Ratsherr Landschof bedankt sich bei Herrn Titze für die ausführliche Erläuterung. Ratsherr Rose kann die Einschränkungen bei den VE nachvollziehen und betont, dass in der Konsolidierungsrunde auf die Investitionsquote geachtet wurde, aber anscheinend nicht genug, er sieht die einzige Option auch in einem schlanken Nachtragshaushalt.

Ratsfrau Meyer sieht nur ein perspektivisches Umdenken als Möglichkeit die Investitionsquote einzuhalten. Sie fragt, ob die in der HH-Genehmigung des Kreises lfd. Nr. 2 in der Tabelle auf der Seite 2 aufgeführte Summe von 3.591.600 als erwarteter Fehlbetrag tatsächlich eintreten wird. Herr Titze antwortet, dass Frau Saggau mit Planzahlen arbeitet und der tatsächliche Jahresabschluss abzuwar-

Stadt Plön

ten ist.

Bürgermeisterin Radünzel stimmt Ratsfrau Meyer zum Umdenkungsprozess voll und ganz zu und erläutert die bisherige Vorgehensweise bei der Aufstellung des Haushaltes und dass diese überdacht werden muss, weil der Umdenkungsprozess für den Haushalt wichtig ist.

Erst wenn die Maßnahmen die entsprechende Planungsreife erreicht haben, dürfen sie in den Haushalt aufgenommen werden. Die Beschlüsse zur Umsetzung der Maßnahmen können trotzdem schon gefasst werden.

Es wird die Frage gestellt, warum die Erneuerung des Ölabscheiders auf dem Bauhof als eine Maßnahme angesehen wird.

Herr Ohms antwortet, dass der Ölabscheider langsam abgängig ist, aber eventuell noch repariert werden kann.

Weiterhin möchte man wissen, ob ein Nachtragshaushalt eine haushaltslose Zeit bedeuten würde, dies verneint Herr Titze.

Nachdem alle Fragen beantwortet sind, ergeht folgender

Beschluss:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Ratsversammlung, folgenden Beschluss zu fassen:

"Die Ratsversammlung beschließt, die vorübergehende Sperrung folgender Maßnahmen in Bezug auf die Verpflichtungsermächtigungsbeiträge:

FRK 36100.78510100 (Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen / Neubau Kita)

Finanzplanungsjahr 2025 - 390.000 €

Finanzplanungsjahr 2026 - 200.000 €

FRK 54500.78310000 (Straßen- und Stadtreinigung / Anschaffung eines Holders mit Winterausstattung und einer Kehrmaschine)

Finanzplanungsjahr 2025 - 370.000 €

FRK 51100.78150010 (Stadtentwicklungsplanung / Weiterer Anteil zur Finanzierung der Städtebauförderung)

Finanzplanungsjahr 2025: 198.000 €

FRK 57301.78310000 (Baubetriebshof / Erneuerung des Ölabscheiders)

Finanzplanungsjahr 2025: 30.000 €

Die Verwaltung wird gebeten, zeitnah einen Ersten Nachtragshaushaltsplanentwurf aufzustellen und den städtischen Gremien zur Beratung vorzulegen.

Ziel muss die Sicherstellung der notwendigen Mindestinvestitionsquote für das Haushaltsjahr 2024 sein."

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 11

Nein-Stimmen: 0

Enthaltungen: 0

Zu 9. Antrag der FWG-Fraktion;

hier: Haushalts- und Stellenplan für die Haushaltsjahre 2025 und folgende

abgelehnt

VO/RV/2024/3085

Ratsherr Landschof gibt die Sitzungsleitung für diesen TOP an Rats Herrn Rose ab. Rats Herr Buth trägt den Antrag der FWG-Fraktion vor.

Rats Herr Landschof spricht für die SPD-Fraktion und kann die 6% Kürzung nicht nachvollziehen. Sicherlich muss das Thema Personalkosten mit gesundem Außenmaß betrachtet werden, aber in der Haushaltskonsolidierungsrunde wurde eine Aufstellung der freiwilligen und der Pflichtleistungen von der Verwaltung gefordert. Diese kam heute und dass die FWG-Fraktion den schwarzen Peter nun der Bürgermeisterin zuschieben will, ist nicht im Sinne der SPD. Die SPD-Fraktion unterstützt den Antrag nicht.

Rats Herr Koll findet den Blick auf die Personalkosten auch für wichtig, aber alle Personalentscheidungen werden vom Hauptausschuss mit entschieden, d.h. die Selbstverwaltung ist mit Schuld an dem derzeitigen Personalstand. Er kann diverse Stellen aufzählen, wo mehrheitlich der Besetzung zugestimmt wurde.

Er sieht es auch nicht als notwendig an, einen zusätzlichen Beschluss zu fassen, da es einen Erlass zur Haushaltskonsolidierung gibt. Dieser käme bei einer Nachbesetzung zur Anwendung und ein Nachbesetzungsstopp läge dann wieder beim Hauptausschuss. Er verweist auch auf das Personalentwicklungskonzept.

Rats Frau Griesser stimmt Rats Herr Koll mit seinen Ausführungen zu und findet 6% deutlich zu viel und fragt, ob das überhaupt umsetzbar ist. Dem Antrag der FWG-Fraktion kann sie nicht folgen.

Rats Frau Meyer findet den Antrag ziemlich unnötig und überflüssig, da in der Haushaltskonsolidierungsrunde eine Vorgehensweise besprochen wurde.

Bürgermeisterin Radünzel ist über den Antrag sehr erstaunt. Auch sie ist der Meinung, dass in der Haushaltskonsolidierung alles besprochen war und die Personalkosten im Blick zu behalten sind.

Da es bereits einen ähnlichen pauschalen Antrag der FWG-Fraktion gab, ist sie bei diesem Antrag schon glücklich darüber, dass sie hier nun sozialverträglich und ohne betriebsbedingte Kündigungen agieren dürfte. Sie berichtet, dass der vorherige Antrag sehr viel Unruhe in die Belegschaft gebracht hat.

Sie fragt sich, was denn mit den Aufgaben passieren soll, wenn das Personal nicht mehr vorhanden ist. Das man sie nun als Verwaltungsleitung für die Personalsituation verantwortlich machen will, ist unfair. Sie führt aus, dass die Verwaltung gut ausgelastet ist und immer noch Überlastungsanzeigen vorliegen, ebenfalls gibt es Mitarbeiter:innen die durch Überlastung erkrankt sind. Auch das Maß an Überstunden ist zu betrachten und auch dies ist nicht unerheblich.

Sie wäre dafür, den vereinbarten Fahrplan aus der Haushaltskonsolidierungsrunde beizubehalten, ansonsten müssten die Konsequenzen auch von der Politik mitgetragen werden.

Rats Herr Buth nimmt zu den bisherigen Ausführungen der Fraktionen und der Bürgermeisterin Stellung und geht auf die Vorwürfe ein. Er sieht in den 6% keine Willkürlichkeit, denn aus seiner Sicht sind 2% pro Jahr durchaus erreichbar. Über die Aufgabenkritik kann man das Ziel in 3 Jahren verbleibender Amtszeit der Bürgermeisterin erreichen.

Stadt Plön

Ratsfrau Hansen unterstützt den Rasenmäheraktionismus der FWG-Fraktion nicht und appelliert an die Fürsorgepflicht und das Verantwortungsbewußtsein. Auch die anderen Fraktionen sind sich der Sachlage bewußt und machen sich Ihre Gedanken.

Nach eingehender Diskussion ergeht folgender

Beschluss:

Die Bürgermeisterin wird beauftragt, beginnend mit dem Haushalt 2025 bis zum regulären Ende ihrer laufenden Amtszeit den Stellenplan bezogen auf den Stundenansatz um 6% zu kürzen. Die Kürzungen sollen sozialverträglich und ohne betriebsbedingte Kündigungen erfolgen. Dabei sind die betriebsbedingten Fluktuationen, vor allem durch die anstehenden Zurruesetzungen sowie eine umfassende Aufgabenkritik zu berücksichtigen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 2

Nein-Stimmen: 8

Enthaltungen: 1

Zu 10. Antrag der CDU-Fraktion; hier:

Prüfantrag: Maßnahmen zur Konsolidierung des städtischen Haushaltes

verwiesen

VO/RV/2024/3091

Ausschussvorsitzender Landschof übergibt das Wort an Ratsherr Koll. Dieser folgt dem Hinweis, den Antrag in der Haushaltskonsolidierungsgruppe zu beraten.

Vorsitz:

Bastian Landschof

Protokollführung:

Jeannette Schnell